

Klima der Furcht und des Misstrauens bei ungarischen Roma

Ein ungeklärter Mordfall heizt die Stimmung in der Kleinstadt Kiskunlachaza auf

Von unserem Korrespondenten Charles E. Ritterband

Ein ungeklärter Mord an einem 14-jährigen Mädchen hat in der ungarischen Kleinstadt Kiskunlachaza unweit von Budapest eine Stimmung der Angst und des Misstrauens zwischen der Bevölkerungsmehrheit und den im Ort ansässigen Roma geschaffen. Für viele ist von vorneherein klar, dass der Mörder bei den «Zigeunern» zu suchen ist.

Kiskunlachaza, Mitte Mai

Kiskunlachaza befindet sich knapp 30 Kilometer südlich der Hauptstadt Budapest. Nichts ist auffällig an diesem 9000 Einwohner zählenden Provinzstädtchen mit dem für ausländische Besucher nahezu unaussprechbaren Namen. Bescheidene Häuser und kleine Gärten in einer flachen Landschaft. Und doch geriet Kiskunlachaza im letzten November in die Schlagzeilen der ungarischen Presse. Am Morgen des 23. November wurde die 14-jährige Nora Horak in einem Hain inmitten des Städtchens tot aufgefunden. Das einheimische Mädchen war vergewaltigt und mit einem Plasticsack erstickt worden.

«Zigeunerkriminalität»

Eine Woche nach der Mordtat wurde in Kiskunlachaza ein grosser Fackelzug gegen Gewalt abgehalten. 5000 Personen nahmen teil, viele waren von ausserhalb gekommen. Auch Mitglieder der paramilitärischen Ungarischen Garde in ihren schwarzen Uniformen marschierten auf. Bürgermeister Jozsef Repas hielt eine flammende Rede, in der er die zunehmende «Zigeunerkriminalität» anprangerte. Für einen Teil der Medien und für viele Ungarn schien klar, dass die Täter unter den «Zigeunern» zu suchen seien. Das in Budapest domizilierte Forschungsinstitut Political Capital stellt dazu fest: «In Zeiten der Krise und steigender Kriminalität wachsen die Vorurteile gegenüber der Roma-Minderheit. Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung assoziiert Verbrechen automatisch mit den Roma.» Allerdings, so wird in der Analyse hinzugefügt, wendeten sich manche Roma aus materieller Not tatsächlich kriminellen Aktivitäten zu, um überleben zu können.

In Kiskunlachaza leben zwischen 250 und 300 Angehörige der Roma-Minderheit; seit dem November leben sie in ständiger Angst. Der 38-jährige Bürgermeister empfing uns im Kulturhaus, wenige Schritte vom Schauplatz jenes Verbrechens entfernt. An der Wand hängt eine Karte von «Grossungarn» – in seinen Dimensionen vor dem Vertrag von Trianon vom Juni 1920. Damals verlor Ungarn, das am Ende des Ersten Weltkriegs auf der Verliererseite stand, zwei Drittel seines Territoriums und mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Der Bürgermeister spricht von den seit dem Mord dramatisch gestiegenen Ängsten der Bevölkerung und der zunehmenden Aktivität von Jugendbanden. Die rechtsextreme Jobbik-Partei sei hier seit etwa einem Jahr präsent: ein Symptom für die Stimmung in der Bevölkerung. Die Regierung, meint der Bürgermeister, der sich selbst als parteilos bezeichnet, habe keine Antworten auf diese Probleme. Kiskunlachaza sei ein Spiegel für den Zustand der Nation. Hier habe man inzwischen zur Selbsthilfe gegriffen. Man habe eine unbewaffnete Bürgerwehr aufgestellt, bestehend aus 35 bis 40 Mann. Diesen habe die Gemeinde zwei Autos zur Verfügung gestellt. Auf ihren Patrouillen würden sie von Polizisten begleitet. Die Frage, ob denn inzwischen die Identität des Mörders bekannt sei, verneint der Bürgermeister. Es sei aber sehr wahrscheinlich, dass der Täter «ein Zigeuner» gewesen sei, fügt er hinzu. Beweise lägen allerdings keine vor. Die weiterzweigende Familie des Roma-Oberhauptes Miklos Sztójka sei anfänglich verdächtigt worden, mit der Sache zu tun zu haben. Doch die Hauptverdächtigen, drei junge Burschen aus der Sztójka-Familie, seien unmittelbar nach dem Mord zu einem freiwilligen DNA-Test nach Budapest gefahren. Das Resultat sei negativ gewesen. Bei der Suche nach dem Mörder tappe man weiterhin im Dunkeln.

Provokationen und Verunsicherung

Im dem kleinen Ahornhain, an der Fundstelle von Nora Horaks Leiche, haben die Bewohner von Kiskunlachaza eine Gedenkstätte für die Ermordete errichtet. Der mit weissem Kies bestreute Weg führt zu einem Gedenkstein. Auf diesem ist ein Emailschild mit einer Foto des hübschen Mädchens angebracht, darunter eine Marmorplatte. Deren Inschrift spricht von Liebe und Glück und ermahnt dazu, ein erfülltes Leben der Wahrhaftigkeit zu führen. Davor welkende Blumensträuße, Glasdosen mit abgebrannten Kerzen und ein paar Kränze. Einer von ihnen, in den rot-weiss-grünen Farben der Nationalflagge, trägt in Goldprägung den Namen der Spender, einer Gruppierung rechtsextremer Motorradfahrer. Als fanatische Antisemiten nennen sie sich ironisch-provozierend «Gojs», die jüdische Bezeichnung für einen Nichtjuden. Unter den Roma Angst und Schrecken zu verbreiten, gehört offenbar zu den ganz besonderen Leidenschaften dieser Motorradbanden.



Beerdigung eines jungen Rom und seines kleinen Sohnes, die im März bei einem Brandanschlag in Tatarszentgyörgy, getötet wurden. Einige Monate zuvor wurde in der Kleinstadt Kiskunlachaza ein Roma-Mädchen ermordet.

KAROLY ARVAI / REUTERS

Der Ortsteil, den die Roma bewohnen, bietet ein deutlich ärmlicheres Bild als das restliche Kiskunlachaza. Die Strassen sind nicht geteert, die Häuser wirken verlottert. Etwas Ungewisses liegt in der Luft; eine Mischung aus Spannung, Angst und Misstrauen. Ein Velofahrer weist uns ohne Zögern den Weg zum Haus, in dem die Jugendlichen wohnen, die unter Mordverdacht standen. Diese reagieren zuerst verschreckt. Dann aber öffnen sie sich nach und nach, wohl weil sie spüren, dass die Fremden sich für ihre Geschichte interessieren. Sie fühlten sich bedroht, sagen sie. Die Motorradfahrer in ihren schwarzen Ledermonturen seien dröhnend durch ihre Gassen gerast. Der Fahrer einer schwarzen Limousine habe sein Fenster heruntergekurbelt und sie unflätig beschimpft.

Ein solches Fahrzeug sei auch aufgetaucht, als am 23. Februar ein Brandanschlag in Tatarszentgyörgy verübt wurde, erzählen die Jugendlichen. Auf das Haus des 27-jährigen Rom Robert Csorba wurden damals Molotowcocktails geworfen. Als Csorba mit seiner Familie aus dem brennenden Haus zu fliehen versuchte, wurde er zusammen mit seinem fünfjährigen Sohn durch Schüsse niedergestreckt. Im selben Ort wurde am 7. April ein weiterer Brandanschlag verübt, diesmal auf das Haus der stellvertretenden Vorsitzenden der Roma-Selbstverwaltung, Lidia Horvath. Hier, nur knapp 45 Kilometer von Tatarszentgyörgy entfernt, hätten die Anschläge unter den Roma Panik ausgelöst, berichten die jungen Roma. Sie bitten uns, keine Fotos von ihren Häusern und der Strasse zu machen. Diese könnten im Internet landen, und niemand könne sagen, was dann geschehen würde.

Der Clanchef und seine Statussymbole

Wenige Strassen weiter residiert der Roma-Clanchef von Kiskunlachaza, Miklos Sztójka. Bereitwillig empfängt er uns im buntbemalten Salon seines Bungalows. Dieser ist mit unübersehbaren Statussymbolen bestückt: ein mächtiger Flachbildschirm, dazu eine Stereoanlage mit mehreren Lautsprechern. Vor sich auf dem Sofatisch hat Sztójka eine ganze Batterie von Mobiltelefonen aufgereiht: ein wichtiger, ein mächtiger Mann. Der Fackelzug nach der Ermordung Noras sei für ihn weniger eine Demonstration gegen die Gewalt als vielmehr eine Provokation, ein Versuch der Einschüchterung gegenüber der Roma-Minderheit, gewesen, durch deren Stadtviertel die Teilnehmer marschiert seien. Der beliebte Bauunternehmer hat umgerechnet rund 3600 Euro als Prämie für die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Für hiesige Verhältnisse ein ansehnlicher Betrag.

Mit seinem Angebot will Sztójka seine grosse Familie auch noch vom letzten Rest des Verdachts im Zusammenhang mit der Ermordung Noras befreien. Gleichsam zum Beweis seiner Zahlungsfähigkeit zieht er ein dickes Bündel Banknoten aus seiner Hosentasche und legt es mit grosser Geste vor sich auf den Tisch. Ganz im Gegensatz zu den verschreckten Roma-Jugendlichen ein paar Strassen weiter weist er uns an, Fotos von ihm und seinem prächtigen Haus zu machen und dabei auch den grossen, davor parkierten Land Rover nicht ausser acht zu lassen. Die Welt solle nur erfahren, dass nicht alle Roma Sozialhilfeempfänger seien. All dies habe er sich in den eigenen Händen erarbeitet, betonte er voll Stolz.

Komarom ist eine verschlafene Industriestadt 90 Kilometer nordwestlich von Budapest mit 20 000 Einwohnern. Sie liegt am rechten Ufer der Donau, die hier die Grenze zwischen Ungarn und der Slowakei bildet. Gegenüber, am anderen Donauufer, befindet sich das deutlich grössere slowakische Komarno. Das historische Zentrum von Komarom liegt auf der linken, seit 1920 slowakischen Seite der Donau. Das heutige ungarische Komarom war ursprünglich nur eine Vorstadt namens Ujszöny gewesen, die erst 1896 mit der Stadt jenseits des Flusses vereinigt wurde. Als Folge des Abkommens von Trianon wurde Komarom wieder in zwei Städte aufgeteilt, eine ungarische und eine tschechoslowakische. 60 Prozent der Einwohner Komarnos sind zwar slowakische Staatsbürger, haben aber ungarische Wurzeln und sprechen noch heute Ungarisch.

Militantes Auftreten

Die Geschichte der im Trianon-Vertrag geteilten, mehrheitlich von Ungarn bewohnten Stadt hätte schon genügend emotionalen Sprengstoff geboten, um an diesem Samstagmorgen im Mai die Reihen der Zuhörer bei der Veranstaltung der ultranationalistischen Jobbik-Partei zu füllen. Doch der Saal war an diesem bereits sommerlich heissen Nachmittag nicht voll, obwohl der Parteichef Gabor Vona höchstpersönlich als Hauptredner angesagt war. Jobbik bedeutet «das Gute, das Bessere», eigentlich «Jobbik Magyarorszager» – («Bewegung») für das bessere Ungarn. Vona ist auch Vorsitzender des Vereins der Ungarischen Garde, des Trägervereins des paramilitärischen Arms der Jobbik-Partei. Ein Gericht hatte kürzlich versucht, diesen lediglich ein knappes Dutzend Mitglieder umfassenden Verein zu verbieten – erfolglos, da man ihm bisher nichts Gesetzwidriges nachweisen konnte. Die Ungarische Garde selber mit ihren rund 2500 Mitgliedern scheint für die Justiz unantastbar: Die Organisation ist beim Verwaltungsgericht nicht registriert und kann nicht verboten werden.

Einige Gardisten stehen Spalier, als Gabor Vona seiner Limousine entsteigt. Die Ungarische Garde ist «seine Truppe», er hat sie vor zwei Jahren gegründet. Das militante Auftreten und die schwarzen Uniformen wecken unguete Erinnerungen an die nationalsozialistischen ungarischen «Pfeilkreuzler», die nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1944 am Donauufer in Budapest Zehntausende von ungarischen Juden erschossen. Ihre Epigonen tragen schwarze Springertiefel, schwarze Mützen und Gilets, weisse Hemden mit hochgekrempeelten Ärmeln. Am Hals das rot-weiss-rot gestreifte Foulard. Es verkörpert die magyarisch-nationalistische «Arpad-Fahne», die einst von den Pfeilkreuzlern hochgehalten worden war.

Ein Demagoge mit sanfter Stimme

Alle erheben sich, als die Nationalhymne angestimmt wird. Dann tritt Gabor Vona auf. Der 30-jährige Chef von Jobbik, der in Budapest Geschichte und Psychologie studiert hat, spricht nicht im Tonfall eines Demagogen. Schonungslos nationalistisch ist aber der Inhalt seiner rund einstündigen Rede. Die Hasspropaganda der Linken sei für Jobbik die beste Werbung. Die Zeit der Phrasendrescherei sei jetzt vorbei. Die regierenden Sozialisten würden für ihre Missetaten zur

Rechenschaft gezogen und bald hinter Gittern landen. Die oppositionelle rechtskonservative Fidesz-Partei habe nichts vorzuweisen und habe somit völlig zu Recht Angst vor dem Konkurrenten Jobbik. Vona spricht in gespielt gleichgültigem Tonfall von der «Zigeunerkriminalität», die rasch um sich greife, von alten Leuten, die sich kaum mehr auf die Strasse trauten, von Eltern, die bangten, ob ihre Kinder wohlbehalten aus der Schule zurückkehrten, von braven Bürgern, die kaum mehr sicher sein könnten, den nächsten Tag zu erleben. Er betont, dass die Medien und «der Kulturbetrieb» die Atmosphäre vergifteten. Er erwähnt den Geschichtsunterricht, der die Ungarn als «Verlierer» darstelle. Er schwärmt von der «genetisch-biologischen Überlegenheit des ungarischen Volkes» und stellt diese dem «fremden Element» der Roma gegenüber.

Ruhig spricht der Führer von Jobbik, schweigend hört ihm sein Publikum in der kleinen Provinzstadt zu. Die Stimmung allgemeiner Verunsicherung in der Bevölkerung macht die bisher völlig marginale rechtsextreme Kleipartei zu einem ernstzunehmenden Faktor.

Kein Interview

Das Ansuchen um ein Gespräch mit Gabor Vona, dem Chef von Jobbik und Vorsitzenden des Vereins der Ungarischen Garde, wurde vom zuständigen für internationale Beziehungen und Pressearbeit, Bela Kovacs, telefonisch folgendermassen beantwortet (Übersetzung): «Herr Gabor Vona wird bis zum Bekanntwerden der Ergebnisse der Wahlen in das EU-Parlament am 8. Juni gegenüber den Medien keine Erklärungen abgeben oder Interviews gewähren. Frau Kristina Morvai, die Spitzenkandidatin von Jobbik für die Wahlen, ist ebenfalls zu beschäftigt, um sich mit Medienleuten zu treffen. Die Zeit der Mitglieder unseres Parteivorstandes ist zu kostbar, um sich mit der Presse zu treffen, die dann am laufenden Band über unsere Partei Lügen verbreitet, uns als Rassistin, Antisemiten und Faschisten darstellt.

Der Parteivorstand hat kürzlich beschlossen, dass wir wegen der schlechten Erfahrungen mit feindseligen in- und ausländischen Presseberichten jedes Medium, das unseren guten Ruf schädigt, vor Gericht bringen und gegen solche Medien in einem Zivil-beziehungsweise Strafverfahren vorgehen werden. Unsere Politiker werden nur Journalisten Interviews geben, die mit der Partei ein Übereinkommen unterzeichnen, in welchem festgehalten wird, dass das Gespräch von uns auf Tonband aufgenommen und bei einem eventuellen Gerichtsverfahren als Beweismittel verwendet wird. Ausserdem müssen die Journalisten vor dem Interview 1000 Euro bei unserem Schatzmeister hinterlegen; diese Summe wird nur dann zurückerstattet, wenn diese Journalisten in ihren Medien Artikel über die Partei veröffentlichen, die unserem Ruf nicht schaden. Andernfalls wird diese Summe zur Deckung der Gerichtskosten eingesetzt. Sie können dem Schweizer Journalisten ausrichten, dass diese Massnahmen nichts mit ihm zu tun haben; aber alle seine Kollegen, von der ARD bis zur BBC, vom «Spiegel» bis zur «New York Times», haben über uns in einer derart inakzeptablen Weise berichtet, dass wir uns gezwungen sahen, diese Massnahmen einzuführen.»